

Niederschrift über die Sitzung
am 28.09.2005

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Frau Biermann

Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage

Herr Remmo

bis TOP 7

BfB-Fraktion

Frau Cascante-Maristany

Migrationsrat

Frau Acar-Gökce

Frau Adilovic-Berends

Frau Düsün

Herr Erarlan

Herr Gügen

Frau Kutluer

Herr Mazaca

Herr Ntarantanis

Herr Tasar

Frau Xavier

Herr Aka

Herr Sever

Von der Verwaltung

Herr Voßhans, Amt für Planung und Finanzen, Jugend,
Soziales, Wohnen

Frau Grewe, Ausländerbeauftragte

Herr Niederbremer, Bauamt

Entschuldigt fehlen

Frau Argyriadou

Herr Düger

Herr Tas

Herr Herr Rüter

Frau Pohlreich

Öffentliche Sitzung:

Vor der Eintrtt in die Sitzung teilt Herr Sever mit, dass die Vorsitzende Frau Argyriadou verhindert sei, an der Sitzung teilzunehmen. Er werde die heutige Sitzung leiten.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.08.2005

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung am 31.08.2005 wird genehmigt.

-einstimmig-

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

-Frau Adilovic-Berends informiert über die Auftaktveranstaltung zu der Seminarreihe „Integration durch politische Beteiligung in NRW“. Die Veranstaltungsreihe habe das Ziel, strategische Kompetenzen der einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer für ihre kommunale Integrationsarbeit zu fördern. Eine Teilnahme von Fraktionsvertretern und der Verwaltung wäre wünschenswert. Die anderen Kommunen in OWL werden durch ein zusammengesetztes Team vertreten.

Ferner kritisiert sie das Interview mit dem Geschäftsführer des SKPR, Herrn Niekamp, in der NW-Ausgabe am 23.09.05 bezüglich der Bewertung von Migrantenfamilien. Sie habe eine Stellungnahme geschrieben, diese werde dem Protokoll beigelegt.

-Herr Sag teilt über das Gespräch mit Herrn Schmitz, Bezirksregierung Detmold, am 27.09.05, 16:00 Uhr, bezüglich der Stellungnahme zum bildungspolitischen Papier des Migrationsrates folgendes mit:

Frau Argyriadou bedankte sich zunächst für die positive Reaktion und die Unterstützung seitens der Bezirksregierung der schulpolitischen Forderungen des Migrationsrates.

Frau Argyriadou schlug vor, die von Herrn Schmitz unterzeichnete Stellungnahme durchzugehen, weil einige Fragen aus ihrer Sicht nicht konkret bzw. recht allgemein formuliert seien.

Zur Erläuterung der Stellungnahme stellte er folgendes klar:

1. An der Stellungnahme seien Aufsichtsbeamte aller Schulformen beteiligt gewesen, wo das bildungspolitische Papier auf positive Resonanz gestoßen sei. Im Rahmen des Programms „Öffnung von Schule“ seien die Schulen verpflichtet, mit außerschulischen Institutionen, Migrantenselbstorganisationen und Migrationsräten zusammenzuarbeiten. Der Migrationsrat könne mit einzelnen Schulen konkrete Vereinbarungen im Hinblick auf notwendige Projekte oder Maßnahmen treffen.

2. Förderung der Ausbildungsreife und der Ausbildungsfähigkeit sei das Schwerpunktthema einer Regionalkonferenz im Jahre 2006. Der Migrationsrat werde rechtzeitig informiert und beteiligt.

3. Das Schulministerium habe ein Fortbildungsprogramm für muttersprachliche Lehrkräfte aufgelegt.

4. Das Schulministerium stellt für die Bezirksregierung Detmold 440 Integrations-Lehrerstellen zur Verfügung. Alle Schulformen in der Region müssen bis zum 30. Oktober einen Antrag auf Integrationsstellen stellen. Vor allem müssen die Schulen ein konkretes Förderkonzept vorlegen. Das Konzept muss enthalten: Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, welche Schülerinnen und Schüler benötigen eine Förderung, wie wird der Förderbedarf konstatiert, wie sieht der Förderplan aus, welche Lehrkräfte weisen interkulturelle Kompetenzen nach, wie werden die Eltern beteiligt, wie ist das soziale Umfeld, welche ethnische Gruppe, welche Partner existieren etc.

5. Förderzentrum für Seiteneinsteiger „Paderborner Modell“. Eine Hauptschule soll als Schwerpunktschule ausgewählt werden und Kooperationen mit einer Real- und Gesamtschule sowie einem Gymnasium vereinbaren. Herr Drescher sei in dieser Sache informiert. Der MR soll dies initiieren.

6. Bei der Problematik der Sonderschulzuweisungen lege er Wert darauf, einzelnen Fällen nachzugehen und sachlich zu überprüfen.

7. Neue Aufgabenbereiche für die RAA müssen gemeinsam entwickelt werden.

Ein Treffen mit der neuen Regierungspräsidentin, an dem die Vertreter der Migrations- und Ausländerbeiräte in OWL teilnahmen, fand am gleichen Tag statt.

RP Frau Thomann-Stahl stellte die Leitlinien ihrer künftigen Integrationsarbeit in der Region vor. Angesichts der Tatsache, dass in vielen Städten in NRW im Jahre 2010 der Anteil der Migranten über 50 % liegen wird, müssten alle Multiplikatoren darauf reagieren. Dies sei Konsens in allen Fraktionen.

Um die Integrationsarbeit effektiv zu betreiben und aufzuwerten, habe der neue Integrationsminister Herr Lasched, das Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen in sein Ministerium integriert.

Zudem wurden 15 Beauftragte abgeschafft, nur die Stelle der Integrationsbeauftragten nicht. Nachfolger von Herrn Lefringau- sen (Landesintegrationsbeauftragter) ist jetzt Herr Thomas Kufen.

Die Kommunen in OWL haben einen „Islambeauftragten der Polizei“ bzw. Kontaktbeamten für muslimische Institutionen. Der Kontaktbeamte der Polizei in Bielefeld ist Herr Alper Yesilyurt, Tel. (0521) 5452455

-Frau Grewe weist auf ein Schreiben der Ratsgruppe der PDS an die Vorsitzende des Migrationsrates hin. In dem Brief werde die Änderung der Prioritätenliste für die Sanierung kieselrotbelasteter Sportplätze problematisiert. Es werde der Verdacht einer unmittelbaren Diskriminierung der ausländischen

Sportvereine geäußert, dem der Migrationsrat nachgehen solle. Herr Sever wolle zunächst das Problem beim nächsten Treffen des Vorstandes beraten und den Migrationsrat über den Stand im Nachhinein informieren.

-Weiterhin teilt Frau Grewe mit: die neue Clearingstelle/Migrationserstberatung für neue Zuwanderer im Neuen Rathaus nehme ihre Arbeit am Dienstag, 04.10.05 auf. Das Ziel sei eine effektive und gezielte Orientierung für Neuankömmlige in Bielefeld zu erreichen. Das Beratungsangebot werde von Migrationsdiensten der Wohlfahrtsverbände vorgehalten.

-Das Gesundheitsprojekt, MIMI, **Mit Migranten Für Migranten**, werde in Bielefeld fortgesetzt. Es fänden neue Schulungen und Kampagnen unter den jeweiligen ethnischen Gruppen in der Muttersprache statt. Es sei leider bisher nicht gelungen, diese geschulten Fachkräfte in den Gesundheitseinrichtungen langfristig unterzubringen.

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine schriftlichen Anträge vor.

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

-Frau Adilovic-Berends fragt nach, warum bisher auf das bildungspolitische Papier des Migrationsrates nicht reagiert wurde?

-Frau Grewe erklärt, dass die Stellungnahmen der Bezirksregierung und des Sozialdezernenten längst vorlägen. Es fehle noch die Antwort des Schulamtes und des Schulverwaltungsamtes.

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 6 Berichte aus den Ausschüssen

- Frau Acar-Gökce berichtet über die letzte Sitzung des SGA. Es solle auch die Pflegeberatung für Migrantinnen und Migranten thematisiert werden. Diese nähmen das bestehende Angebot nicht in Anspruch, dies solle hinterfragt werden.

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache *

Zu Punkt 7

Neukonzeption der vorschulischen Sprachförderung in Bielefeld

Herr Sever weist darauf hin, dass es im Vorfeld in bezug auf die Beratung der Vorlage in der JHA-Sitzung eine nicht erfreuliche Diskussion gegeben habe. Die Vorlage, die dem JHA zur Beschlussfassung vorlag, wurde dem Migrationsrat nicht zuvor zur Beratung vorgelegt. Der Vertreter des Migrationsrates, Ismail Tas, habe zurecht auf dieses Problem hingewiesen. Denn es ist das Recht des Migrationsrates, zu den Vorlagen der Verwaltung, migrantenspezifische Belange betreffend, eine Stellungnahme abzugeben, die bei der Beschlussfassung der Fachausschüsse berücksichtigt werden muss.

In der Mai-Sitzung des Migrationsrates habe es einen Bericht zum Stand des Konzeptes gegeben, viele Fragen waren noch nicht geklärt. Weder Herr Tas noch der Migrationsrat insgesamt haben Bedenken bezüglich der inhaltlichen Ausrichtung des Konzeptes. Es müsse aber bedauernd zur Kenntnis genommen werden, dass in der unmittelbaren Vergangenheit bei einigen Vorlagen, wie die Vergabe von kommunalen Zuschüssen, den Leistungsverträgen sowie einer Vorlage zur interkulturellen Arbeit ohne vorherige Beteiligung des Migrationsrates beraten bzw. beschlossen wurde. Dies habe unter den Mitgliedern zu Unbehagen geführt. Er hoffe, dass in Zukunft sowohl die Verwaltung als auch die Politik auf die satzungsmäßige Beteiligung des Migrationsrates achtet. Dies sei zudem die Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Frau Rathsmann-Kronshage erklärt, dass im JHA nicht klar war, inwieweit das Thema im Migrationsrat beraten wurde. Sie habe deswegen zunächst für die Absetzung dieses TOP's plädiert. Der JHA habe aber in seinem Beschluss Wert darauf gelegt, diese Fragen im Vorfeld zu klären und die Beteiligung des Migrationsrates zu gewährleisten.

Herr Voßhans entschuldigt sich für die Verwaltung für die verspätete Beteiligung nach Befassung im JHA und unterstreicht, dass keine Absicht dahinterstand, den Migrationsrat nicht zu beteiligen. Der JHA habe den Beschluss unter dem Vorbehalt der Erörterung und Beschlussfassung im Migrationsrat über die Vorlage gefasst. Da das Konzept in der Mai-Sitzung - wenn auch nicht mit der erforderlichen Verbindlichkeit - inhaltlich vorgestellt und erörtert worden sei, wolle er die Vorlage nur in groben Zügen erläutern. Die Anfänge der systematischen Sprachförderung gehen auf das Jahr 2000 zurück. Es wurden 18 Kurse eingerichtet, die von ca. 200 Kindern sechs Monate vor der Einschulung besucht wurden. Die sechsmonatigen Kurse wurden von 18 im Jahr 2000 auf 50 im Jahr 2005 ausgeweitet. Das neue Konzept sieht eine durchgängige zweijährige Förderung vom Beginn des zweiten bis zum Ende des dritten Kindergartenjahres vor. Ferner enthalte das Konzept Eckpunkte wie die Förderung von Erst- und Zweitsprache. Wo es möglich ist, erfolgt die Einbeziehung der Eltern in die Sprachförderung und eine flächendeckende, einheitliche Sprachstandserfassung sowie eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule. Die Zusammenfassung von zehn- und sechsmonatigen Kursen verbessere insgesamt die Qualität der Sprachförderung. Es sei es sinnvoll, einen Personalwechsel bei der Kursleitung während der zweijährigen Sprachförderung zu vermeiden, es werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für die Fachkräfte eingerichtet. Die Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband OWL, habe die Verantwortung für die Gründung einer Qualifizierungs- und Vermittlungsagentur für Lehr- und Ergänzungskräfte übernommen. Zur Frage der Finanzierung führt Herr Voßhans folgendes aus:

Bisher habe ein Finanzvolumen von rd. 154.000 € zur Verfügung gestanden. Zukünftig betrage der Jahresetat ca. 550.000 €, wovon die Sparkasse Bielefeld

200.000 €, die Stadt Bielefeld 200.000 € und das Land NRW 148.000 € beisteuere. Die finanzielle Zusage des Landes gelte zunächst für 2005 und 2006, die der Sparkasse und der Stadt Bielefeld mit Haushaltsvorbehalt bis 2008. Die finanzielle Ausstattung werde weiter verbessert durch Eigenmittel des Bezirksverbandes der Arbeiterwohlfahrt sowie von dort beantragten Projektmitteln des Landes.

Ziel bleibe eine durchgängige vorschulische Sprachförderung während der gesamten Kindergartenzeit sowie die langfristige Sicherung der finanziellen Unterstützung über das Jahr 2008 hinaus. Die Ergebnisse erster Evaluations/Bewertung werde erst Ende 2006 vorliegen.

Herr Voßhans beantwortet die Nachfragen von Frau Cascante, Herrn Gügen und Frau Xavier bezüglich der Finanzierung über das Jahr 2008 hinaus, der Zusammenarbeit mit der Grundschule, der Umsetzung des muttersprachlichen Ansatzes und des Einsatzes der Fachkräfte mit Migrationshintergrund. Er gehe von einem „Vollbetrieb“ der Sprachförderung zum Kindergartenjahr 2006/2007 aus. Eine über die Konzeption hinausgehende wünschenswerte dreijährige Sprachförderung sei zur Zeit leider nicht finanzierbar. Die Finanzierungszusage des Landes bestehe für die Jahre 2005/2006. Zur Zeit versuche die Verwaltung, die Zusage für eine Anpassungsklausel bei Ausweitung des Angebotes zu erhalten. Die Konzentration der Sprachförderung im vorschulischen Bereich verhindere nicht eine Vernetzung in der Schnittstelle Kita - Grundschule. Die konzeptionale Grundlage des „Grundkurses“ und des „Aufbaukurses“ macht eine enge und verbindliche Zusammenarbeit notwendig. Hier gäbe es auch eine Abstimmung mit dem Schulamt und der RAA. Ferner existiere in Bielefeld eine Versorgungsquote (Kinder in den Kitas) von über 90%. Das Ziel sei die Erreichung einer Versorgungsquote von bis zu 95%. Kinder, die nicht einen vorschulischen Sprachkurs besucht haben, werden über Einschulungsuntersuchungen identifiziert und in einen Aufbaukurs aufgenommen.

Der muttersprachliche Ansatz könne nur in Kitas realisiert werden, in denen der Anteil einer homogenen Sprachgruppe (z.B. 90 - 95% türkischsprachige Kinder) groß sei. In den Kitas, wo z. B. 16 unterschiedliche ethnische Sprachgruppen seien, bestünde keine Möglichkeit, diesen Ansatz umzusetzen. Der Einsatz von Migrantinnen in Kitas entspreche einem ausdrücklichen Wunsch des JHA. Frau Cascante und Herr Sever danken Herrn Voßhans für das wertvolle Engagement. Dies sei eine herausragende Leistung, die seitens des Migrationsrates Anerkennung verdiene. In diesem Zusammenhang bittet Herr Sever um Richtigstellung in bezug auf die Haltung des Migrationsrates in dieser Frage in der nächsten Sitzung des JHA.

Herr Sever lässt über die Stellungnahme und die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Stellungnahme des Migrationsrates zur Neukonzeption der vorschulischen Sprachförderung in Bielefeld

1.

Der Migrationsrat begrüßt die Entscheidung der Stadt Bielefeld, die vorschulische Sprachförderung flächendeckend zu verankern. Die entscheidende Förderung der sprachlichen und kommunikativen Fähigkeiten eines Kindes erfolgt bereits weit vor der Einschulung. Deshalb halten wir den Ansatz „früher fördern“ für absolut richtig. Die Vorbereitung auf die Schule beginnt im Kindergarten. Insbesondere Migrantenkinder sind auf eine möglichst frühzeitige Sprachförderung im Rahmen der Erziehungshilfe angewiesen. Ohne die gezielte Sprachförderung, die die Mütter mit Migrationshintergrund oft nicht leisten können, ist

eine optimale Vorbereitung auf die Schule nicht möglich. Durch die sozialräumliche Konzentration von Zuwandererfamilien werden viele Kinder im Kindergarten zum ersten Mal mit der deutschen Sprache konfrontiert.

Wir sind davon überzeugt, dass diese Kinder gezielte Sprachförderprogramme, die **ihre Bilingualität berücksichtigen und fördern**, benötigen. Deshalb halten wir eine interkulturelle Erziehung, wie das Konzept sie vorsieht, für unterstützungswert.

2.

Berichte von engagierten pädagogischen Kräften machen deutlich, dass es durchaus möglich ist, mit Eltern nichtdeutscher Herkunft zusammenzuarbeiten, sie an den Aktivitäten und Angeboten zu beteiligen. Der Migrationsrat macht immer wieder die Erfahrung, dass die Eltern an der Schullaufbahn ihrer Kinder großes Interesse haben. Gleichzeitig nimmt er deren enorme Unkenntnis des hiesigen Schul- und Ausbildungssystems wahr. **Die Elternarbeit ist eine entscheidende Säule der Sprachförderung.**

Bei der Einbeziehung der Eltern könnten die Bildungs- und Integrationsbeauftragten der Migrantenselbstorganisationen eine Brückenfunktion übernehmen. Auch der Ausbau und die Verankerung der Elternarbeit im Wohnquartier unter Beteiligung von vor Ort agierenden Institutionen sollte Teil des Konzeptes sein. Die bisher vorgesehene eine Stunde Elternarbeit in der Woche ist ein begrüßenswerter Schritt in die richtige Richtung! Sie kann der Bedeutung der Arbeit mit den Eltern allerdings nicht gerecht werden. In diesem Zusammenhang bittet der Migrationsrat die Verwaltung zu prüfen, inwieweit das **Konzept der „Mütterkurse“** als ein Bestandteil der Neukonzeption definiert, umgesetzt und verankert werden kann. Die Umsetzung des Sprachförderprogramms muss aus Sicht des Migrationsrates mit einer effektiven Mobilisierung der Eltern einher gehen. Die Bielefelder Bürgerstiftung könnte für die Unterstützung dieser Idee gewonnen werden.

3.

Die genannten Maßnahmen können nur dann Erfolg haben, wenn **kleine Gruppen, geeignete Räumlichkeiten** und entsprechend **geschultes Personal zur Verfügung** stehen. Der Migrationsrat erwartet zusätzliche infrastrukturelle Unterstützung der Kindertageseinrichtungen, die mehrheitlich von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden.

Der Einsatz von qualifizierten, bilingualen Fachkräften ist die Voraussetzung eines erfolgreichen Sprachförderprogramms. Der Migrationsrat appelliert an alle Multiplikatoren diesen Aspekt zu berücksichtigen.

4.

Das Gelingen der Sprachförderung hängt auch davon ab, inwieweit eine enge Zusammenarbeit und ein aufeinander abgestimmtes Konzept zwischen dem Kindergarten und der Grundschule für jedes einzelne Kind existiert. Der Migrationsrat ist darüber erfreut, dass das Konzept eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen vorsieht.

5.

Die Rahmenbedingungen und der pädagogische Prozess sollten zur Qualitätssicherung in jährlichen Abständen evaluiert werden, um zu überprüfen, ob die gesetzten Zielvorgaben erreicht wurden. Der Migrationsrat erwartet einen jährlichen Bericht über den Stand der Sprachförderung.

- einstimmig beschlossen -

Beschluss:

1. Der JHA und der Migrationsrat stimmen der beiliegenden Neukonzeption der vorschulischen Sprachförderung in Bielefeld zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alle organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, die für eine schrittweise Umsetzung des neuen Konzeptes ab dem 01.01.2006 erforderlich sind.
3. Die Finanzierung des städtischen Anteils an der vorschulischen Sprachförderung 2005 erfolgt haushaltsneutral. Bereits im Jahr 2005 anfallende anteilige Ausgaben werden aus dem Deckungskreis Nr.131 „Hilfen zur Erziehung“ finanziert. Ab dem Haushaltsjahr 2006 werden die erforderlichen Haushaltsmittel in einer eigenen Haushaltsstelle ausgewiesen. Die Deckung wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsverfahrens im Budget des Dezernates 5 sichergestellt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Migrationsrat und den JHA fortlaufend über den Stand der Umsetzung zu informieren.

- einstimmig beschlossen -

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

Zu Punkt 8 Information über die Planung der Nahversorgung in der Windflöte

Herr Sever begrüßt Herrn Niederbremer / Bauamt und bittet um Informationen über die möglichen Planungen bezüglich der Nahversorgung in der Windflöte. Der Stadtteil werde von einer nicht zu unterschätzenden Anzahl von Migrantenfamilien bewohnt. Die Familien klagten über nicht vorhandene Einkaufsmöglichkeiten. Sie müssten auf eine gewisse Lebensqualität verzichten. Die Mitglieder des Migrationsrates wurden in dieser Frage öfter angesprochen und um Unterstützung gebeten.

Herr Niederbremer entschuldigt Herrn Moss, der bei der letzten Sitzung des Beirates verhindert war.

An Hand von Karten erläutert Herr Niederbremer die Entwicklung des Ortsteils Windflöte, der zusammen mit den beiden anderen Siedlungsschwerpunkten Windelsbleiche und Togdrang/ Buschkamp den Stadtbezirk Senne bildet. Die Windflöte ist ein räumlich isoliert liegender Siedlungsschwerpunkt, der nach dem 2. Weltkrieg durch eine verstärkte Bautätigkeit aufgrund der Eingliederung von Evakuierten und Flüchtlingen geprägt war und auch heute durch Zuzüge von Migranten gekennzeichnet ist. Im Süden grenzt die Windflöte an den – auf Güterloher Gebiet liegenden – Ortsteil Friedrichsdorf der Stadt Gütersloh an. Im geschlossenen Siedlungsbereich der Windflöte leben ca. 4000 der knapp 5000 des gleichnamigen Stadtbezirkes.

Nach der Betriebsaufgabe des Lebensmittelmarktes „An der Windflöte“, hat die Verwaltung eine Reaktivierung des aufgegebenen Standortes intensiv unterstützt. Trotz positivem Bauvorbescheides von Mai 2004 zur Erweiterung des Altstandortes haben die schwierigen Rahmenbedingungen die Wiedereröffnung eines Lebensmittelgeschäftes am Altstandort bislang verhindert. Für die Tragfähigkeit eines Lebensmittel-Vollversorgers liegen die 5000 Einwohner des Ortsteils Windflöte an der unteren Grenze. Allerdings ist die Frage der Tragfähigkeit vom jeweiligen Betreiberkonzept abhängig.

Die von der Verwaltung vorgenommene Prüfung von Suchbereichen für einen neuen Standort in der Windflöte kommt zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen und Bedingungen zur Ansiedlung eines neuen Standortes innerhalb des landesplanerisch dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereiches (GEP) sowie der Bauflächen im Flächennutzungsplan äußerst schwierig sind. Außerhalb des landesplanerischen dargestellten Siedlungsbereiches wurden aufgrund der Beratung in den politischen Gremien der Stadt Bielefeld drei Flächen in die Prüfung einbezogen. Ein konkretes Ansiedlungsinteresse hat sich aber nur für den Bereich „Friedrichsdorfer Straße / Lippstädter Straße„ gebildet. Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss hatte die Verwaltung beauftragt, im Rahmen einer landesplanerischen Anfrage die städtebauliche Zielsetzung zur Ansiedlung eines Vollsortimentmarktes am o. g. Standort gem. § 20 Landesplanungsgesetz NRW mit der Bezirksregierung abzustimmen. Aufgrund der nicht gegebenen Übereinstimmung mit den Darstellungen des Gebietsentwicklungsplanes war das Ergebnis negativ, d. h. die Bezirksregierung hat den o. g. Standort abgelehnt. Für eine vertiefende Prüfung anderer Standorte und somit auch der Grabelandfläche am Nelkenweg haben die Gremien der Stadt keinen Auftrag an die Verwaltung gegeben. Die derzeitigen Aktivitäten zur Verbesserung der Nahversorgung in der Windflöte konzentrieren sich auf die Reaktivierung des Altstandortes „An der Windflöte„.

Die Wohngenossenschaft GSWG versucht gegenwärtig, ein neues Konzept zur Reaktivierung des Altstandortes im Interesse ihrer Mieter und somit der Einwohner der Windflöte umzusetzen. Die Stadt unterstützt dies im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Herr Sever appelliert an das Bauamt solche Bemühungen mit Nachdruck zu unterstützen. Der Migrationsrat erwarte eine Lösung im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner in der Windflöte.

Er dankt Herrn Niederbremer für die Ausführungen.

* Migrationsrat - 28.09.2005 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache *

Yasin Sever
Stellv. Vorsitzender

Emir Ali Sag
Schriftführer